

Stellungnahme der Sprecherinnen und Sprecher der Hamburger Grundschulleitungen zu den Entwürfen der neuen Bildungspläne

Aufgrund des Austausches in den Bezirken und auf der SLDB am 27.04.2022 geben wir als Sprecherinnen und Sprecher der Hamburger Grundschulleitungen eine erste Stellungnahme zu den Entwürfen der Bildungspläne ab:

Wir schließen uns den Stellungnahmen der Schulleiterinnen und Schulleiter der Stadtteilschulen wie der Gymnasien in den dort genannten Kritikpunkten zu den Inhalten und zum Beteiligungsprozess an. Auch wir wollen damit ein deutliches schulformübergreifendes Signal setzen, die Inhalte und den Verabschiedungsprozess der vorliegenden Bildungsplanentwürfe grundsätzlich neu aufzustellen.

Im Einzelnen wollen wir folgende Punkte als kritisch benennen:

Der A-Teil der Bildungspläne steht mit seinen im Grundsatz begrüßenswerten Leitperspektiven inhaltlich unverknüpft, mindestens unspezifisch und inkonkret zu den Rahmenplänen der Fächer. Die Leitperspektiven werden daher als additiv wahrgenommen. Das Thema „Inklusion“ sollte unseres Erachtens einen deutlich höheren Stellenwert haben und in die Leitperspektiven aufgenommen werden. Noch kann inklusiver Unterricht in allen Schulformen und Jahrgangsstufen nicht als selbstverständlich gesetzt werden. Inklusiver Unterricht erfordert eine spezifische Haltung und ein entsprechendes Unterrichtskonzept für alle Schülerinnen und Schüler. Dies muss unserer Ansicht nach auch deutlich benannt werden.

Der umfassende Erziehungsauftrag, der an Grundschulen mit ihrer heterogenen Schülerschaft einen sehr hohen Stellenwert hat, findet sich nur unzureichend wieder. Dem fachlichen Lernen wird mit den Rahmenplänen eine quantitativ deutlich größere Bedeutung zugewiesen.

Angesichts der Stofffülle drohen auch die Umsetzung der Leitperspektiven und die Aufgabengebiete - die inhaltlich der ganzheitlichen Grundschulbildung entsprechen - im Unterricht aus dem Blick zu geraten.

Die Verschärfung der Bewertungsmaßstäbe durch die höhere Gewichtung der schriftlichen Arbeiten (in einigen Fächern 50:50) halten wir für unangemessen; sie stellt ein überkommenes und ungeeignetes Instrument zur Stärkung der Schriftlichkeit dar. Wir sehen Bildungsungerechtigkeiten damit zementiert: Den Anforderungen an eine inklusive Schule und an eine zunehmend multinationale herkunftssprachliche Ausgangssituation von Schülerinnen und Schülern wird hierdurch keine Rechnung getragen.

Es fehlen eine realistische Zeitperspektive der Diskussion und der Befassung innerhalb der schulischen Fachkonferenzen ebenso wie eine dazu passende Arbeitszeitressource für die Einführung der Bildungspläne. Die Implementation durch die Fachkonferenzen vor dem Beginn des Erprobungszeitraumes im Sommer 2023 ist innerhalb eines knappen Schuljahres nicht zu realisieren. Zum Hintergrund: Die Implementation ist an Grundschulen besonders ressourcenintensiv, da Lehrkräfte hier bis zu fünf verschiedene Fächer unterrichten und folgerichtig auch in mehr als zwei Fachkonferenzen intensiv beteiligt sein müssen. Im LAZM ist diese Ressource nicht vorgesehen.

Der Begriff der Erprobung ist überdies im Rahmen der Informationsveranstaltungen (LFK, AL- und SL-Konferenzen) bisher ungenau definiert worden. Welchen Verbindlichkeitsgrad die Bildungsplanentwürfe ab Sommer 2023 haben sollen, ist unbedingt in der Kommunikation zu schärfen und genau zu definieren.

Der Beteiligungsprozess der Schulen und der Kolleginnen und Kollegen, die die Bildungspläne umsetzen sollen, wurde bislang nicht als echte Beteiligung erlebt. Weder gab es ausreichend Zeit, auf LFK, auf AL- oder SL-Konferenzen Rückfragen und Kritik äußern zu können, noch gab es in den Schulen überhaupt eine realistische Chance, in strukturellen Formaten die Entwürfe zu diskutieren. Das widerspricht dem in der PM propagierten „breiten Beteiligungsprozess“.

In Übereinstimmung mit den Schulleitungen der anderen allgemeinbildenden Schulformen halten wir eine Verlängerung und Neuaufstellung des Beteiligungs- und Einführungsprozesses für angezeigt und eine Überarbeitung des Verhältnisses von A-Teil und Fachbildungsplänen für notwendig.

Hamburg, 16.05.2022

Die Sprecherinnen und Sprecher der Hamburger Grundschulleitungen